

aej-Mitgliederversammlung 2012

Beschluss Nr.02/2012

Friedensbildung auch in der Schule „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“

„Da Kriege in den Köpfen der Menschen beginnen, muss in den Köpfen der Menschen Vorsorge für den Frieden getroffen werden.“ (UNESCO-Verfassung 1945). Friedensbildung gehört deshalb stärker als bisher quer durch alle Fächer und Jahrgangsstufen in den Schulalltag. Friedensbildung ist Kernauftrag aller pädagogischen Fachkräfte. Die zivile Friedensorientierung der schulischen Bildung, häufiger Bestandteil in den Landesschulgesetzen, muss künftig fester Bestandteil von Unterricht, Studienseminaren, bei der Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern und von Lehrplanrevisionen sein. Für die Evangelische Jugend ist Friedensbildung eine Selbstverständlichkeit; dabei orientiert sie sich an folgenden Leitgedanken:

- sie stellt die auf dem Evangelium beruhende Friedensethik der Gewaltfreiheit als Grundlage in den Mittelpunkt;
- sie entfaltet die friedenspolitische Plausibilität nicht-militärischer und gewaltfreier Konfliktlösungen in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik;
- sie setzt sich kritisch mit militärpolitischen Positionen zu diesen Fragen auseinander;

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

- sie trägt dazu bei, dass Jugendliche Kompetenzen erwerben, um gegenwärtige sicherheitspolitische und friedensethische Positionen kritisch zu prüfen, eine eigene Position auf der Basis des Evangeliums zu gewinnen und sprachfähig im aktuellen friedensethischen Diskurs werden.

Evangelische Jugend versteht sich als aktive Impulsgeberin in der friedensethischen Bildung von Jugendlichen und der Entwicklung ihrer politischen Urteilsfähigkeit. Die aej beobachtet deshalb mit Sorge die Gefahr der einseitigen Ausrichtung friedensethischer Diskussion an Schulen auf die Sicherheitspolitik, die mit dem verstärkten Engagement der Bundeswehr an Schulen zusammenhängt. Diese Gefahr wird in der aktuellen Diskussion deutlich am Beispiel der Kooperationsvereinbarungen, die die Bundeswehr mit einer Reihe von Bundesländern abgeschlossen hat, die insbesondere ihre Präsenz in der Schule und in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sicherstellt. Die aej fordert deshalb im Einklang mit dem Deutschen Bundesjugendring diese Bundesländer auf, ihre Kooperationsverträge mit der Bundeswehr grundlegend zu überarbeiten. Die aej bittet die Landeskirchen und die Freikirchen sich an Neuverhandlungen zu beteiligen. Ziel soll es sein, dass in entsprechenden Vereinbarungen unterschiedliche Akteure und Positionen friedensethischer und friedenspolitischer Bildung gleichrangig die Möglichkeit haben, ihre Konzepte zu erläutern; Jugendlichen soll ausreichend die Möglichkeit eigenständiger Urteilsbildung gegeben werden.

Die aej fordert ihre Mitglieder auf, diese Prozesse in ihren Kirchen zu initiieren und sich daran zu beteiligen.

Überall dort, wo es nicht ohnehin selbstverständlich ist, sollen die gegenwärtigen Kooperationsvereinbarungen in folgenden Punkten geändert werden:

- Referent(inn)en ziviler und kirchlicher Friedensarbeit werden als Akteure der Friedensbildung an Schulen und in der Lehrer(innen)ausbildung, auch unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte, anerkannt und tatsächlich unterstützt.
- Aus den Kooperationsvereinbarungen muss hervorgehen, dass friedens- und sicherheitspolitische Fragen nur unter Berücksichtigung der Pluralität der Akteure in der politischen Bildung differenziert erarbeitet werden können. Eine finanzielle Ausstattung der Akteure muss dabei sichergestellt werden.
- Zu den notwendigen Informationen gehört auch die Klarstellung über Gefahren und Risiken, die sowohl für die Gesellschaft, als auch für den Einzelnen z. B. mit einem Auslandseinsatz verbunden sind.

Die aej ermutigt ihre Mitglieder, in den Bemühungen um die Friedensbildung die Interessen Jugendlicher aus der Position einer dem Evangelium gemäßen vorrangigen Option gewaltlosen Handelns auch im schulischen Bereich zu artikulieren. Diese Position soll in Auseinandersetzung mit den Diskursstrategien der Bundeswehr möglichst genau ausformuliert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen